

CHINA

Christin wegen Spendensammelns zu acht Jahren Haft verurteilt

Als „Gefangene des Monats Juli“ haben die Internationale Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM) und IDEA die chinesische Pastorin Hao Zhiwei benannt. Sie rufen dazu auf, sich für die 51-jährige Witwe und Mutter von zwei Söhnen einzusetzen und für sie zu beten. Die Christin wurde im Juli 2019 in der Stadt Ezhou (Provinz Hubei) verhaftet. Ein dortiges Bezirksgericht verurteilte sie im Februar 2022 wegen angeblichen Betrugs zu acht Jahren Gefängnis. Der Vorwurf: Sie soll von Mitgliedern ihrer Hauskirche ohne staatliche Genehmigung Spenden gesammelt haben. Die Pastorin hatte ein Angebot zur Zusammenarbeit mit dem kommunistischen Staat abgelehnt. Sie hat Berufung gegen das Urteil eingelegt.

2018 starb Haos Mann, der ebenfalls Pastor war. Im August 2019 wurde das Kirchengebäude der Gemeinde abgerissen. Danach folgten weitere Anklagen gegen Leitungsmitglieder wegen angeblichen Betrugs. Aus

Musterbrief

Staatspräsident Xi Jinping
via Botschaft der VR China
Märkisches Ufer 54
10179 Berlin

Exzellenz,

am 11. Februar 2022 verurteilte ein Bezirksgericht der Stadt Ezhou (Provinz Hubei) die 51-jährige, seit Juli 2019 inhaftierte Pastorin Hao Zhiwei wegen angeblichen Betrugs zu acht Jahren Haft.

Hao Zhiwei hat zur Unterstützung ihrer Kirchengemeinde Spenden gesammelt.

Dies gehört zur in Artikel 36 der Verfassung Ihres Landes garantierten Religionsfreiheit. Ich betrachte diese Verurteilung als grobe Verletzung der Religionsfreiheit und Hao Zhiwei als verfolgte Gewissensgefängene.

In diesem Sinne bitte ich Sie, sich für die Einhaltung der Religionsfreiheit und vor allem für die umgehende Freilassung dieser gesundheitlich geschwächten Christin einzusetzen.

Hochachtungsvoll

Musterbriefe in deutscher und englischer Fassung können Sie herunterladen:
<https://www.religionsfreiheit-igfm.info>

dem Gefängnis heraus ermutigte Hao ihre Söhne, mehr in der Bibel zu lesen und daraus zu lernen. So schrieb sie: „Gott hat ei-



FOTO: CHINA AID

Hao Zhiwei mit verstorbenem Ehemann

nen Plan für unser Leben.“ Sie bat ihre Söhne, „in fester Beziehung zu Gott zu stehen“.

Bitte, appellieren Sie an den chinesischen Staatspräsidenten Xi Jinping, sich für die sofortige Freilassung der Pastorin einzusetzen. Sie ist laut Menschenrechtlern eine Gefangene um ihres Glaubens willen und keine Betrügerin. Es gehöre zur Religionsfreiheit, Spenden zur Unterstützung von Gemeinden und Kirchen zu sammeln. In der rund 1,4 Milliarden Einwohner zählenden Volksrepublik leben nach Schätzungen bis zu 130 Millionen Christen. Viele von ihnen treffen sich in staatlich nicht registrierten Gemeinden, die besonderer Diskriminierung und Verfolgung ausgesetzt sind.

Appell an Vatikan: Freilassung von Bischöfen zur Bedingung machen

Chinesische Katholiken bitten den Vatikan darum, die Freilassung zweier Bischöfe zur Bedingung für weitere Übereinkünfte zwischen Rom und Peking zu machen, wie das Online-Magazin „Bitter Winter“, spezialisiert auf Religionsfreiheit in China, am 22. Juni berichtete. Es geht ihnen um die Oberhirten Augustinus Cui Tai, Koadjutor-Bischof von Xuanhua in der Provinz Hebei, der zuletzt am 19. Juni 2020 festgenommen wurde, sowie Bischof Joseph Zhang Weizhu von Xinxiang, der am 21. Mai 2021 in Polizeigewahrsam verschwand. Die IGFM setzt sich für die Freilassung beider Würdenträger ein, im Fall des seit 2007 mehr-

fach eingesperrten Bischofs Augustinus im Rahmen der Aktion „Gefangener des Monats“ (siehe dazu Aufruf vom März 2020). Beide Kirchenmänner konfrontiert der chinesische Staat mit dem Vorwurf, sich nicht der staatlich anerkannten Chinesisch-Katholisch-Patriotischen Vereinigung anschließen zu wollen.

„Bitter Winter“ beruft sich bei seinem Bericht auf Gespräche mit Klerikern, Ordensleuten und anderen katholischen Gläubigen im kommunistischen China, die sich dafür ausgesprochen hätten, seitens des Vatikans die Freilassung klar als Bedingung vom Peking Regime einzu-

fordern, bevor es zu einer weiteren Verlängerung der Vereinbarung zwischen beiden Seiten kommt. Mit dem Abkommen im September 2018 haben sich die kommunistische Führung und Rom erstmals als Vertragspartner anerkannt. In dem Dokument, erneuert im Oktober 2020, soll dem Vernehmen nach eine Lösung für die Frage der Bischofsernennungen aufgezeigt sein. Der Vatikan will eine weitere Kirchenspaltung zwischen offiziell anerkannter Kirche und Untergrundkirche vermeiden. Keine weiteren Details sind darüber hinaus bekannt geworden. Beide Bischöfe werden an einem unbekanntem Ort festgehalten.

Gefangener des Monats Juni 2021 frei

In der pakistanischen Provinz Punjab ist ein Christ drei Jahre nach seiner Verhaftung auf Kaution freigelassen worden. Das berichtet die Internetplattform Christian Post. Es handelt sich um Stephen Mughal Masih. Er wurde am 11. März 2019 in der Umgebung der Stadt Sialkot im Nordosten der Provinz Punjab wegen des Vorwurfs der Blasphemie (Gotteslästerung) festgenommen.

Der Verhaftung war eine Anzeige nach einem langjährigen Streit zwischen zwei

muslimischen Nachbarn und der Familie des Christen vorausgegangen. Einer der Muslime drang am 11. März in deren Haus ein und schlug den geistig behinderten Mann.

Der Nachbar warf ihm vor, den islamischen Propheten Mohammed beleidigt zu haben. Der zweite muslimische Nachbar stachelte Gewaltbereite an, den Beschuldigten und seine Familie zu attackieren. Die Polizei konnte einen Lynchmord

verhindern. Masih's Mutter erlitt bei dem Angriff einen Arm- und einen Beinbruch. Sie und elf weitere Christen mussten untertauchen. Später wurde das Haus niedergebrannt.

Die Internationale Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM) und die Evangelische Nachrichtenagentur IDEA benannten Masih als „Gefangenen des Monats“ im Juni 2021 und riefen dazu auf, sich für ihn einzusetzen

Anhaltender Wirbel um angebliche Beleidigung des Islam

Hinsichtlich des Trends zunehmender Hysterie um angebliche Gotteslästerung in Pakistan kann noch immer keine Entwarnung gegeben werden. Allein im Gefängnis von Lahore, der Hauptstadt der pakistanischen Provinz Punjab, sitzen derzeit in einer eigens für diese Angeklagten eingerichteten Zelle 70 Menschen wegen dieses Vorwurfs fest, wie der Leiter des regierungsunabhängigen Zentrums für Soziale Gerechtigkeit, Peter Jacob, gegenüber Medien angab. Schätzungen von Fachleuten zufolge beläuft sich die Gesamtzahl landesweit auf einige Hundert. Da nur einzelne Betroffene und ihre Familien Unterstüt-

zung durch Hilfsorganisationen suchen, kann die Zahl nicht genau bestimmt werden. Schätzungen liegen bei fast 400 Fällen aktuell. Jacob schätzt, dass rund die Hälfte der Betroffenen nicht dem sunnitisch-islamischen Bekenntnis der Bevölkerungsmehrheit angehören, wobei nur 3,5 Prozent der Einwohner Pakistans keine Sunniten sind. Demnach werden Christen, Ahmadi und Hindus unverhältnismäßig stark zu Opfern dieser drakonischen Bestimmungen zum angeblichen Schutz der Gefühle der Mehrheit.

Seit Einführung dieser Gesetze Mitte der achtziger Jahre spitzt sich die Lage zu, wes-

wegen die Angehörigen von Minderheiten ohnehin sehr vorsichtig geworden sind. So lehren christliche Eltern ihre Kinder etwa, sich erst gar nicht zum Islam zu äußern. Nicht nur den Einzelnen, sondern auch ihren Familien und den Nachbarn drohen ansonsten schwerste Konsequenzen. „Aus diesem Grund basieren unserer Information zufolge, die meisten solcher Vorwürfe auf Feindschaft, Eifersucht und ähnlichen Beweggründen“, sagte Peter Jacob in einem Interview. Offizielle Stellen bestreiten, dass zu den weiteren Motiven eben auch Resentiments gegen Religionsgemeinschaften in der Minderheit zählen.

Gefangenen des Monats April 2019 droht Todesstrafe

Am 8. Juni 2022 hat das Berufungsgericht in Rawalpindi das Todesurteil wegen Blasphemie gegen Qaisar und Amoon Ayyub, „Gefangene des Monats April 2019“, bestätigt. Die Verteidigung der beiden pakistanischen Christen ist der Auffassung, dass der Vorwurf gegen die zwei Brüder aus Ra-

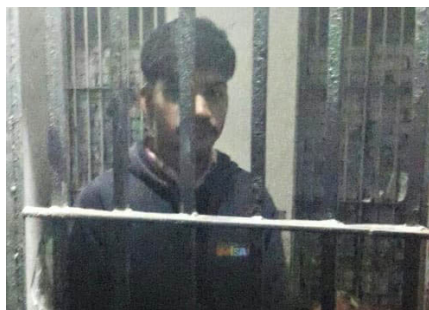
che fabriziert wurde. Der Fall wird wohl in die nächste Instanz gehen, nachdem der Anwalt Rechtsmittel einlegte. Qaisar Ayub befindet sich schon seit 10. November 2014 in Haft und sein Bruder Amoon seit 17. April 2015. Am 13. Dezember 2018 erfolgte die Verurteilung zum Tode hinter Ge-

fängnismauern. Sie betrieben eine Webseite, auf der im August 2010 der islamische Prophet Mohammed beleidigt worden sein soll. Qaisar Ayub, 47 Jahre alt, Lehrer für Informatik und dreifacher Vater, hatte schon vor der Anzeige im Jahr 2011 Morddrohungen nach einem Streit erhalten.

Willkürliche Haft wegen angeblicher Blasphemie für Patras Masih

Die IGFM hat am 20. Juni erneut auf die gefährliche Lage des jungen pakistanischen Christen Patras Masih, „Gefangener des Monats April 2018“ hingewiesen, der seit vier Jahren wegen angeblicher Blasphemie ohne Gerichtsverfahren im Gefängnis sitzt. Auch eine Freilassung gegen Hinterlegung einer Kaution wurde kürzlich zum wiederholten Mal abgelehnt. Laut pakistanischem Gesetz hat ein Angeklagter das Recht auf Freilassung aus dem Gefängnis, wenn der Prozess innerhalb von zwei Jahren noch nicht abgeschlossen sein sollte.

Der damals 16-jährige Patras Masih wurde im Februar 2018 beschuldigt, in einem sozialen Netzwerk ein Bild verbreitet zu haben, das als Beleidigung des Propheten des



Islam angesehen wurde. Dies löste Proteste der islamistischen Extremistengruppe Tehreek-e-Labbaik Ya Rasool Allah aus, heute bekannt als TLP.

„Die Gerichte wollen seinen Fall einfach nicht anhören, weil die Tehreek-e-Labbaik

involviert ist“, erläutert IGFM-Vorsitzender Edgar Lamm. Bislang wurde zudem nicht anerkannt, dass er zum fraglichen Zeitpunkt noch minderjährig war. Daher droht weiterhin die Todesstrafe.

Häufig werden Blasphemie-Fälle zwischen den Richtern hin und her geschoben, weil sie Angst vor den Islamisten haben.

Blasphemie-Vorwürfe gehen in Pakistan nach Angaben der IGFM oftmals mit Gewalt und Lynchmorden an Verdächtigen einher. Zwischen 1985 und Dezember 2021 wurden rund 2.000 Personen aufgrund falscher Anschuldigungen wegen Blasphemie angeklagt. Mindestens 84 Verfolgte wurden in dieser Zeit ermordet, nachdem sie der Blasphemie beschuldigt worden waren.